

2386

④

130  
10/11

Proshholy

Alina

DIE ZUKUNFT DER PARTEI

33 Vorschläge für Massnahmen auf den Gebieten der Politik,  
der Organisation und der Propaganda zur Wiedererringung  
einer eindeutigen Führungsposition

## Inhaltsverzeichnis

I	Kritische Beurteilung des Wahlergebnisses .....	1
II	Massnahmen auf dem Gebiet der Politik .....	12
	auf dem Gebiet der Organisation .....	18
	auf dem Gebiet der Propaganda .....	25
III	Finanzielles Erfordernis dieser Massnahmen .....	
IV	Kurzfassung .....	

## I KRITISCHE BEURTEILUNG DES WAHLERGEBNISSES

=====

SPÖ	1.953.937	Stimmen!	ÖVP	79	Mandate
ÖVP	1.928.043	"	SPÖ	78	"
FPÖ	336.110	"	FPÖ	8	"
KPÖ	142.573	"			
BDS	2.190	"			

Das Ergebnis der Nationalratswahlen vom 10. Mai hat nicht unseren Erwartungen entsprochen. Ausschlaggebend dafür war vor allem, dass ein rund dreiprozentiger Stimmenverlust unserer Partei mit einem rund vierprozentigen Stimmengewinn der Sozialisten zusammenfiel. Damit steht die Entscheidung, welcher der beiden grossen Parteien in Österreich der Führungsanspruch zukommt, auf des Messers Schneide.

(graphische Darstellung)

Die Lebenslinie  
unserer Partei

Die Lebenslinie unserer Partei, als die wir die Kurve der Stimmenentwicklung mit Recht bezeichnen können, weist derzeit nach abwärts. Bei den Sozialisten hingegen ist eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen:

1945 ... 1,434.898  
1949 ... 1,623.524  
1951 ... 1,682.881 (Präsidentenwahl,  
1. Wahlgang!)  
1953 ... 1,818.517  
1956 ... 1,875.295  
1959 ... 1,953.937

Diese Situation kann für unsere Partei Infektionsherd einer defeatistischen Lähmung, ebenso aber auch A n s p o r n sur A n s p a n n u n g a l l e r K r ä f t e sein.

eine wirklich kritische Beurteilung des Wahlergebnisses muss zwischen den tatsächlich statistisch erfassbaren und den nur vermuteten Trends im Wahlergebnis unterscheiden.

Ost-West-Trend der  
Wahlberechtigten

Auch bei diesen Wahlen hat sich der Ost-West-Trend der Wahlberechtigten fortgesetzt. Vergleicht man die Zahl der Wahlberechtigten bei diesen Wahlen mit denen des Jahres 1949, so ergibt sich nachfolgendes Gefälle der Zunahme.

Vorarlberg	+ 21 %
Tirol	+ 17,2
Salzburg	+ 15,9
Oberösterreich	+ 12,4
Kärnten	+ 11,5
Steiermark	+ 7,0
Burgenland	+ 3,4
Wien	+ 3,0
Niederösterreich	+ 0,9

Es darf angenommen werden, dass die Abwanderung aus den industriell unterentwickelten Gebieten - von 1956 bis 1959 verringerte sich die Zahl der Wahlberechtigten im Burgenland um 77, in den niederösterreichischen Wahlkreisen Viertel ober und unter dem Manhartsberg um 3.297 - mit dem sozialistischen Stimmengewinn in den Bundesländern, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg in Verbindung steht. Erfolge in den beiden nördlichen Vierteln von Niederösterreich und in Burgenland keine grösseren Investitionen, so wird die Abwanderung von Arbeitern nach dem Westen anhalten, damit aber wird in jenen Bundesländern, in denen bis-her wir von der Wahlarithmetik profitierten, der wahlarithmetische Vorteil der SPÖ ins Haus gebracht.

Die Zahl der Nichtwähler hat sich von 106.753 im Jahre 1956 bei diesen Wahlen auf 271.454 erhöht. Rein gewohnheitsmässig neigen wir dazu, in den Nichtwählern wahlmüde ÖVP-Wähler zu sehen, die eine stille Reserve für die nächste Wahl darstellen. Untersuchungen über die Berufsgliederung der Nichtwähler haben jedoch gezeigt, dass dies eine Wahlspekulation sein könnte.

Nichtwähler keine  
reine ÖVP-Erbmasse

Der Anteil jener Berufe, aus denen sich traditionsgemäß die SPÖ-Wähler rekrutieren, ist unter den Nichtwählern keineswegs geringer als der Anteil der Berufe, aus denen traditionsgemäß unsere Wähler kommen. Bei den Jungwählern, die 1959 nicht gewählt haben, nahmen sogar die Jungarbeiter eine dominierende Stellung ein. Allein aus der Hebung der Wahlbeteiligung ist bei der nächsten Wahl keine wesentliche Verbesserung unserer Situation zu erwarten.

Das in die Augen springendste Ergebnis bei den wahlwerbenden Parteien war der rund 25%ige Stimmenschwund der Kommunisten. Zum Teil geht dieser Schwund darauf zurück, dass für die seit 1956 gestorbenen KP-Wähler nach der ungarischen Volkshebung unter den Jungwählern kein Ersatz gewonnen werden konnte. Zum Teil mag es auch zu Stimmenthaltungen von Kommunisten gekommen sein. Wo immer aber KP-Wähler des Jahres 1956 dieses Mal anders stimmten, hat sicherlich die SPÖ davon profitiert.

Dies kann aber lediglich eine Erklärung und darf nicht ein Trost für uns sein, stellen doch auch die 142.578 KP-Stimmen dieser Wahl potentielle SPÖ-Stimmen dar.

Die zweitstärkste Veränderung der Stimmenzahl, nämlich einen rund 16%igen Zuwachs verzeichneten die Freiheitlichen. Man darf annehmen, dass viele der 51.700 "Neuen" FPÖ-Stimmen Stimmen von "Rückwanderern" sind, die 1956 nach dem Zufall des WGU und auf Grund des Staatsvertrages der Rechtsoption den Rücken kehrten und ÖVP wählten. Dieses Mal wollten sie ihre Stimme nicht der ÖVP geben, um ihr nicht zur "Alleinherrschaft" zu verhelfen oder weil ihnen der Kurs der ÖVP als zu "klerikal" erschien; andererseits war die FPÖ nach ihrer Konsolidierung wieder attraktiver. Für Kärnten können freilich alle diese Gründe nicht gelten, weil dort die FPÖ sogar Stimmen verlor. Sicherlich hatte der rote Kurs der Kärntner Landesregierung diesen der Entwicklung in übrigen Österreich konträren Effekt. Mit der weiteren Konsolidierung der FPÖ, die im Frühjahr noch nicht abgeschlossen war, und der Zunahme ihrer parlamentarischen Bedeutung als einzige Oppositionspartei mit Antragsrecht wird wohl ein kleiner aber sicherer Stimmengewinn einhergehen. Sollte das parlamenta-

KP-Stimmen stille

Reserve der SPÖ

FPÖ hat noch

Chancen

rische System durch das totale Gleichgewicht steril werden, so würde sich der Zuzug zur FPÖ sicherlich noch erhöhen. Die FPÖ-Wähler sind also keineswegs im gleichen Masse als stille Reserve der ÖVP anzusprechen wie die KP-Wähler als stille Reserve der SPÖ.

Die Möglichkeit, dass die Kommunisten bei den nächsten Nationalratswahlen nur noch in ein oder zwei für sie aussichtsvollen Wahlkreisen kandidieren, ist nicht auszuschließen. Bei der FPÖ ist mit einer solchen Entwicklung jedoch nicht zu rechnen. Die ÖVP wird daher im Parlament eine harte Politik machen müssen, damit nicht allein die FPÖ die Oppositionsrolle beansprucht. Größtes Augenmerk ist jedem Versuch einer Unterwanderung der ~~ÖVP~~ <sup>FPÖ</sup> durch die Kommunisten, denn nur von der Glaubhaftmachung der Behauptung, dass die ÖVP der einzig wirksame Schutz gegen die stille Volksfront einer von Kommunisten unterwanderten SPÖ ist, ist bei den nächsten Wahlen ein Zuzug von FPÖ-Wählern zu erwarten.

Die Sozialistische Partei hat gegenüber den Nationalratswahlen 1956 rund 80.000 Stimmen gewonnen. Zu dem von der ÖVP im Jahre 1956 erreichten Höchststand fehlen der SPÖ nur mehr 40.000 Stimmen, das ist weniger als der Stimmenzuwachs, den die SPÖ bisher noch bei jeder Wahl erzielte. Der kontinuierliche Stimmenzuwachs der SPÖ hat zweifellos tiefere Ursachen als die einer geschickten Wahltaktik. Wohl hat die SPÖ-Tropaganda davon profitiert, dass ihre Behauptung "82 ÖVP-Mandate + 1 = ÖVP-Alleinherrschaft" zwangsläufig glaubwürdiger war, als die gegenteilige Behauptung "74 SPÖ-Mandate + 5 = SPÖ-Alleinherrschaft". Auch dass sich die SPÖ durch ihr neues Programm und ihre "Geh mit der Zeit - komm zur SPÖ"-Parole den Anstrich einer modernen und für alle wählbaren Partei verlieh, hat sicher nicht seine Wirkung verfehlt. Das ändert aber nichts an der von uns oft übersehenen Tatsache, dass sich die SPÖ-Politik unter dem Vorzeichen des Wohlfahrtsstaates weitgehend mit der Sozialstruktur der Wähler deckt, sobald die Angst um die persönliche Freiheit und die religiöse Hemmung in den Hintergrund treten.

Antimarxistische  
Sammlung gegen stille  
Volksfront

SPÖ-Vormarsch durch  
Breschen der Sozial-  
struktur

Es kommt weniger darauf an, ob ein Wähler sein Brot als Hilfsarbeiter oder als Oktionschef verdient, sondern darauf, ob es allein in seiner Hand liegt, sein Einkommen zu erhöhen oder ob sein Einkommen einzig und allein davon abhängt, was ihm die Gewerkschaft beim Privatunternehmer oder die Partei beim Staat "horausholt". Schlüssel ist man die Wählerschaft nach diesem Gesichtspunkt auf, so entfallen rund 49 % aller Wahlberechtigten auf wahlberechtigte Arbeitnehmer und ihre wahlberechtigten Angehörigen, und weitere 32 % aller Wahlberechtigten auf Pensionisten und Rentner und deren wahlberechtigte Angehörige. Vertritt eine Partei konsequent die Interessen dieser beiden Gruppen, dann kann sie ohne weiteres auch Forderungen erheben, die zu Lasten der übrigen 19 % der Wahlberechtigten gehen. Dabei stecken jedoch in diesen 19 % noch über 300.000 kleine Bauern und Gewerbetreibende mit ihren wahlberechtigten Angehörigen. Die Breschen in der Sozialstruktur, durch die der sozialistische Vormarsch erfolgt, liegen nicht in einer Zunahme der Arbeiterschaft, wohl aber in einer Zunahme der Zahl derer, deren Lebensstandard von der Erfüllung von Forderungen abhängt.

1. Die steigenden Beschäftigtenzahlen sind nur zum geringsten Teil die Folge einer Einstellung von Arbeitslosen, sondern im wesentlichen Folge einer echten Ausweitung des Arbeitskräftepotentials. So wurden zwischen 1951 und Mitte 1957 113.000 Frauen zu Lohn- und Gehaltsempfängern.
2. Auch die Zunahme der Jugendbeschäftigung ist nicht allein auf die geburtenstarken Jahrgänge, sondern auf einen wachsenden Prozentsatz unselbständiger Berufstätigkeit zurückzuführen. Mitte 1951 waren 47 % der drei vorhergehenden schulmündigen Jahrgänge, Mitte 1957 jedoch schon 54 % unselbständig erwerbstätig. Sogar von den Hochschülern machen 20 % im Hauptberuf während des Studiums die Erfahrungen unselbständig Erwerbstätiger.,

Dominierende Stellung der Einkommens-Empfänger

Grundsätzliches  
 52 1935.000  
 50 2.325.000  
 + 387.000

Hausfrauen werden Lohnempfänger

52 538.000  
 50 516.000  
 + 177.000

Höherer Prozentsatz der Jugendlichen erwerbstätig

3. Innerhalb der Gesamtzahl der Arbeitnehmer vollzieht sich eine dauernde Abwanderung von den landwirtschaftlichen zu den industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen. Das Verhältnis zwischen den Unselbständigen in der Land- und Forstwirtschaft einerseits und in Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handel andererseits war in 1000 Personen

1937	276 : 897	285 : 847
1953	209 : 1446	
1958	148 : 1737	159 : 1342

Dabei handelt es sich vielfach nur um eine Abwanderung vom land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplatz zum industriell-gewerblichen Arbeitsplatz, nicht aber von der Wohnung im Dorf in eine Wohnung in der Stadt. Diese Pendler tragen entscheidend zum sozialistischen Vormarsch auf dem Dorf bei.

4. Nicht minder bedeutungsvoll ist die Zunahme der Rentner und Pensionisten, die allein zwischen 1951 und 1958 mit 400.000 anzusetzen ist. Zum Teil handelt es sich hier um eine Folge des langfristigen Wandels des Altersaufbaues unserer Bevölkerung: 1951 betrug der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung 11 %, bis 1980 wird er sich auf 15 % erhöhen. Zum anderen Teil ist dies eine Folge der Vergrößerung des Kreises der Anspruchsberechtigten, insbesondere durch die gewerbliche und landwirtschaftliche Selbständigenpension.

5. Zu den Beziehern von Transfereinkommen zählen neben den Pensionisten und Altersrentnern auch noch 345.000 Kriegsoffer-Fürsorge-Rentner (ohne Waisen), 850.000 Familien als Bezieher von Kinder- und Familienbeihilfen und nicht zuletzt 3,562.000 Krankenversicherte.

Dorftarbeiter werden  
Stadtarbeiter

Langfristige Erhöhung  
der Zahl der Rentner

1951	354.000	8
1958	642.000	8
1980	999.000	170.000

Zunehmende Bedeutung  
der Transfereinkommen

Die Wahlergebnisse der kleineren Gemeinden im Westen mit ihrem sichtbaren Stimmengewinn für die SPÖ sind einerseits die Folge der Ost-West-Wanderung von Arbeitskräften und andererseits die Folge der Pendler. In beiden Fällen werden dem früher noch stark isolierten Dorf Wähler zugeführt, die entweder als Abwanderer aus einem fremden Milieu kommen oder als Pendler dieses fremde Milieu tagtäglich kennenlernen. Dazu kommt, dass die mittleren und grossen Landwirtschaftsbetriebe immer kapitalintensiver und zu "Farmer"-Betrieben werden, während landwirtschaftliche Zwerg- und Kleinbetriebe ihren Bewirtschaftern vielfach nicht einmal ein Hilfsarbeiter-Einkommen bieten. Durch die Motorisierung, das Fernsehen und den Fremdenverkehr nehmen gleichfalls die Kontakte zwischen dem dörflich-bäuerlichen und dem städtisch-industriellen Milieu ständig zu. Inwieweit der sozialistische Vormarsch auf dem Dorf auf die einzelnen der hier aufgezeigten Komponenten zurückzuführen ist, muss noch exakt untersucht werden. Tatsache ist jedenfalls, dass in allen westlichen Bundesländern ein echter Vormarsch der Sozialisten auf dem Dorf festzustellen ist. So erzielte z.B. in Tirol die SPÖ in 229 Gemeinden Stimmengewinne, während die ÖVP in 196 Gemeinden Stimmen verlor. Dabei hat der Wegfall der konfessionellen Hemmung für die sozialistische Stimmabgabe bei dieser Wahl wahrscheinlich noch keine grosse Rolle gespielt, wird aber dann zum Tragen kommen, wenn man sich in den kleinen Dörfern mit der Tatsache des sozialistischen Stimmengewinnes einmal vertraut gemacht hat.

Für die Behauptung, dass rund 60 % der Jungwähler für die SPÖ gestimmt hätten, ist abgesehen von Einzelfällen, wo Söhne im Gegensatz zu ihren Vätern ihre Stimmabgabe für die SPÖ angekündigt, noch kein Beweis erbracht worden. Tatsache ist allerdings, dass das Erscheinungsbild und die Propaganda der ÖVP dieses Mal nichts aufwies, was die Jungwähler anziehen hätte können. Die zu 54 % unselbständig erwerbstätigen Jugendlichen werden durch die Presse, die Lehrlingsheime und die Erholungsaktionen des Gewerkschaftsbundes einseitig sozialistisch beeinflusst.

SPÖ-Vormarsch auf dem Dorf

Jungwählerreservoir noch nicht ausgeschöpft

Bedenklich ist auch, dass die katholische Arbeiterjugend, die zum Gross-  
teil aus Angestellten besteht, vorwie-  
gend auf eine missionarische Aufgabe  
hin erzogen wird, was eher im Sinne ei-  
ner Aufgeschlossenheit dem sozialisti-  
schen Lager gegenüber wirkt. Wenn jedoch  
in einem typischen Wiener Bezirk von 100  
nichtwählenden Arbeitern 27 Jungwähler  
waren, von 100 nichtwählenden Angestell-  
ten nur 16 Jungwähler, und von 100 nicht-  
wählenden Gewerbetreibenden nur vier Jung-  
wähler, so beweist dies, dass das Jung-  
wählerreservoir bei den Arbeitern auch  
von der SPÖ noch nicht ausgeschöpft ist  
und dass hier ein echter Ansatzpunkt für  
unsere Werbung vorhanden ist.

Über das Verhalten der sozial benach-  
teiligten Gruppen liegen keine gesicher-  
ten Ergebnisse, wohl aber dezitierte  
Äusserungen vor. Da von früheren Wah-  
len keine Aufschlüsselungen über die  
Berufsgruppen der Nichtwähler vorhanden  
sind, kann eine Zunahme der Stimmenthal-  
tungen bei den 292.000 Bundesbedienste-  
ten nicht exakt nachgewiesen werden. Auf  
Grund zahlreicher Äusserungen aus Beam-  
tenkreisen darf jedoch angenommen werden,  
dass die Verweigerung des 14. Monatsge-  
haltes zu einer Stimmenthaltung geführt  
hat. Bei Pensionisten und Rentnern spiel-  
te neben der Verweigerung von Rentener-  
höhungen auch das Problem der Preise und  
Mieten eine Rolle. Doch alles zusammen  
fiel weniger ins Gewicht als bei der Wahl  
des Jahres 1953. Dafür dürften jedoch die  
Geschädigten eine grössere Rolle gespielt  
haben.

Zum ersten Mal fiel bei diesen Wahlen  
auch stärker ins Gewicht, dass sich gan-  
ze Gebiete benachteiligt fühlten. Sicher-  
lich hat nun, vier Jahre nach Abschluss  
des Staatsvertrag die wirtschaftliche  
Benachteiligung des Burgenlandes und des  
Waldviertels eine Rolle gespielt. 15.000  
burgenländische Bauernhöfe erreichen nur  
800 Schilling Monatsertrag. Die Weinbau-  
ern in Burgenland, aber auch im Weinvier-  
tel hatten noch im Mai ihre Gebinde voll  
und warteten dringend auf Geld: die  
Schillingstabilität war für sie begreif-  
licherweise kein Wahlschlager. In Burgen-

Sozial benachteilig-  
te Gruppen

Benachteiligte  
Gebiete

land ist der Stimmenabstand zwischen ÖVP und SPÖ auf 1.200 zusammengeschrumpft. Dabei wählten die 25.000 burgenländischen Wanderarbeiter zum Grossteil ausserhalb des Burgenlandes, was bei Landtagswahlen nicht der Falle wäre.

### Ausblick auf die nächsten Nationalratswahlen

Auf Grund des Wahlergebnisses vom 10. Mai ergeben sich für die ÖVP folgende Schrittwahlkreise:

Wahlkreis	nötiger Gewinn	<u>Hoffnungswahlkreise</u>
2 (VI, VII, VIII. Bez.)	1.007	
10 (Waldviertel)	2.261	
15 (Traunviertel)	1.914	
22 (Oststeier)	741	
24 (Kärnten)	1.647	
	Reststimmen	
4 (II, XX, XXI, XXII)	1.590	<u>Gefährdete Wahl-</u>
21 (Mittelsteier)	426	<u>kreise</u>

Bei der SPÖ sind die Wahlkreise 11 und 14 bei Gewinn von je 4.000 Stimmen Hoffnungswahlkreise. Gefährdet erscheinen die Wahlkreise, 8, 12, 17 und 24 durch geringe Reststimmenanzahl, doch wird die Reststimmenanzahl in allen diesen Wahlkreisen vom kommunistischen Stimmenreservoir übertroffen.

Dieses Bild kann sich selbstverständlich durch die Binnenwanderung zwischen Ost und West und zwischen Dorf und Stadt im Laufe von vier Jahren ändern. Die entscheidende Frage bleibt jedoch, ob bei der ÖVP der Stimmenschwund und bei der SPÖ der Stimmenzuwachs anhält. In diesem Zusammenhang müssen wir uns folgende Tatsachen vor Augen halten:

- o Der 10. Mai hat die Grenzen der auf die Zeit des Wahlkampfes beschränkten Propaganda aufgeweitet. Die Parteipropaganda in einem Mehrparteienstaat hat weder die Möglichkeiten der Wirtschaftswerbung noch die Möglichkeiten der Propaganda im Einparteienstaat. Im Gegensatz zur Wirtschaftswerbung hat sie kein Produkt gleichbleibender und von der Konkurrenz unbestrittener Qualität anzupreisen, ja sie muss bei staatspolitischer Haltung der Partei sogar dem Publikumsgeschmack zuwiderhandeln.

Im Gegensatz zur Propaganda im Einparteienstaat fehlt ihr die Monopolstellung in Presse, Rundfunk und anderen Werbemitteln und die Möglichkeit der Unterdrückung jeder gegnerischen Propaganda. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass eine unpopuläre Politik durch eine noch so raffinierte moderne und grosszügig finanzierte Propaganda im Laufe eines sechswöchigen Wahlkampfes nachträglich popularisiert werden kann. Bei der SPÖ nehmen sich schon jetzt propagandistisch sofort auswertbare zahlreiche Schwerpunkte der Politik wie Rechtsstaat, Kampf gegen Korruption, Protektion und Steuergeschenke, Bau von 50.000 Volkshäusern, Schulbauten im Ausmass von 200 Millionen, Wohnhausneubau für Bombengeschädigte, 14. Monatsgehalt und Rentenerhöhungen ab. Eine Politik des blossen Weinsagens wäre angesichts dessen eine glatte Überforderung der Propaganda.

- o Die Sozialstruktur entwickelt sich auch in den nächsten vier Jahren eindeutig zugunsten der SPÖ: es wird 1963 mehr Rentner und Pensionisten, mehr Pendler und infolge der geburtenstarken Jahrgänge fast doppelt so viele unselbständig erwerbstätige Jungwähler geben. Durch Motorisierung, Fernsehen und Fremdenverkehr wird das Dorf noch stärker in den Sog der städtisch-industriellen Konsumcivilisation geraten.
- o Die religiöse Hemmung, die bisher eine grosse Gruppe von Empfängern kleiner Einkommen daran hinderte, rot zu wählen, wird durch die sozialistische Politik und Propaganda und durch die Haltung der Kirche - die ja nun nichts mehr verbietet - geringer werden. Im Unterbewusstsein erfolgt auch bereits eine weitere Enthemmung durch das Vergessen der Besatzungszeit und Verlust der Existenzangst vor den "Roten".
- o Die Kommunistische Partei, die nun ihrer Wirkungsmöglichkeit auf parlamentarischem Boden beraubt ist, wird voraussichtlich zur Kaderpartei zusammenschrumpfen, die ihre Hauptaufgabe in der Unterwanderung des Gewerkschaftsbundes und der SPÖ sieht. Da sich eine solche Tätigkeit in einer Art illegalen Atmosphäre abspielt, ist anzunehmen, dass ihre Anziehungskraft auf die Wähler weiter abnimmt. Die Zuwanderung von Kommunisten zur SPÖ wird also weitergehen, auch wenn keine entsprechende Weisung des ZK der KP erfolgt.
- o Im Gegensatz zur KP ergeben sich für die FPÖ in jedem Fall - bei Sterilität einer Proportzregierung, aber auch bei einer Minderheitsregierung - neue Wirkungsmöglichkeiten, die sie entweder als einzige Oppositionspartei im Parlament oder als Zünglein an der Waage zu nützen entschlossen ist. Dazu kommt, dass die FPÖ infolge des Frühjahrs-Wahltermines eine Reihe von Wahlkreisen noch nicht durchorganisieren konnte, was sie bis zu den nächsten Wahlen zweifellos versuchen wird.
- o Entscheidende Bedeutung wird 1963 den 632.000 jungen Wählern der Jahrgänge 1936 bis 1942, also den 21- bis 27-Jährigen zukommen. Sie denken nicht mehr in den traditionellen weltanschaulichen Parteibindungen und treten den Parteien nüchtern und kritisch gegenüber. Sie werden sich jener Partei zuwenden, die ihnen nicht nur mit Worten, sondern durch Taten eine gesicherte Existenz, Förderung ihrer Begabungen, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Hilfe bei Wohnungsbeschaffung und Familiengründung, aber auch ein Lebenskonzept bietet.

- o Die Österreichische Volkspartei wird nach den nächsten Nationalratswahlen nur dann den innenpolitischen Führungsanspruch erheben können, wenn sie zusätzlich zur Kompensation des natürlichen Abganges älterer Wähler ihr Stimmpotential um rund 5 % oder mehr als 100.000 Stimmen erhöhen kann. Die wirklich wesentlichen Chancen zur Erreichung dieses Zieles liegen nicht mehr in einer Steigerung des Propagandaeinsatzes unmittelbar vor den nächsten Wahlen, sondern
1. in einer kraftvoll-elastischen, mit Organisation und Propaganda integrierten Politik, die gestützt auf eine verbreiterte programmatische und personelle Basis sichtbar von der P a r t e i ausgeht und nie den Durchschnittswähler, d.h. den k l e i n e n M a n n aus dem Auge verliert.
  2. in einer durch Paraorganisationen und Vorfeldorganisationen in ihren Wirkungsmöglichkeiten erweiterte und durch verstärkte Kleinarbeit in ihren Wirkungsmöglichkeiten vertiefte Organisation.
  3. in einer permanenten, auf dem unmittelbaren Kontakt zwischen gut geschulten Vertrauensleuten und Wählern aufbauenden Propaganda, der nicht nur die nachträgliche Popularisierung bereits gefällter Entscheidungen, sondern das "Make up" v o r "Beginn der Vorstellung", d.h. vor Publikwerden politischer Entscheidungen, übertragen wird.

## II MASSNAHMEN

=====

### A. Auf dem Gebiet der Politik

Die Politik der nächsten Jahre darf nicht einfach auf einigen Parolen und Urteilen über die Entwicklung aufbauen, die ohne exakte Begründung nur aus dem allgemeinen Eindruck gewonnen wurden.

VORSCHLAG: Durchführung soziographischer Untersuchungen über den Umfang und die Ursachen des SPÖ-Vormarsches auf dem Land,  
die Tatsächlichkeit der Sättigung der SPÖ-Stimmenzahl im Industriegebiet,  
die Grundlinien des Verhaltens der Wähler in den Gemeinden unter 2.000 Einwohner,  
die tatsächlichen Wandlungen in der Sozialstruktur,  
die Berufsstruktur der nach Westen abwandernden Wahlberechtigten,  
die Lage in den unterentwickelten Gebieten,  
die nicht vom Wohlfahrtsstaat erfassten Gruppen unter Heranziehung des statistischen Zentralamtes des Institutes für Sozialpolitik und des Soziologischen Institutes der Universität.

Laufende Überprüfung des Ankommens unserer Politik bei einzelnen Wählergruppen mit Hilfe von Gruppen-Tests.

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass Politik ohne langfristige geistige Vorbereitung heute nicht mehr bestehen kann. Nicht nur vor Bundesparteitagen sollen die Grundlagen unserer Politik in Ausschüssen und Unterausschüssen erarbeitet werden.

VORSCHLAG: Aktivierung der Ausschüsse und Unterausschüsse des Bundesparteitages entsprechend der tagespolitischen Dringlichkeit. So hätte zum Beispiel bei Aurlauchen der Forderung nach einem 14. Monatsgehalt sofort ein Unterausschuss zusammentreten müssen, dem Vertreter der Bundesparteileitung, der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, des Finanzministeriums sowie der Organisations-, Propaganda- und Pressereferent der Partei angehören. Auf Grund genauer Unterlagen über das Besoldungsschema, die Zahl der Bediensteten in den einzelnen Besoldungsgruppen und die budgetären Möglichkeiten hätte man ein Konzept für eine finanziell tragbare, aber auch parteipolitisch populäre Lösung ausarbeiten und dem Parteivorstand zur Beschlussfassung vorlegen müssen. Der dort gefasste Beschluss hätte in einer propagandistisch gut aufgemachten Form schlagartig durch Presse, Rundfunk, Politikerinterviews, Reden in Beamtenversammlungen, einen Wählerbrief an Beamte und durch rechtzeitig informierte Vertrauensleute der Partei

der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden müssen. Auf Grund gründlicher Vorbereitungsarbeit hätten Partei-  
presse und Parteipropaganda überdies Tatsachennmaterial  
und Argumente in so ausreichendem Masse zur Verfügung  
gestellt werden müssen, dass diese bei sozialistischen  
Alternativvorschlägen der Öffentlichkeit unseren "Bis  
hieher und nicht weiter"-Standpunkt begreiflich machen  
können. Auf diese Weise hätte sich die Partei über die  
Probleme der kleinen öffentlich Bediensteten informiert  
gezeigt, ihren guten Willen durch initiatives Vorgehen  
bewiesen und vom Finanzminister bis zum letzten Ver-  
trauensmann eine durchgehende klare Linie bezogen. Nach  
den Erfahrungen mit der Einführung der 45-Stunden-Woche  
(überraschendes Ja mit anschließender Polemik der Bünde),  
mit dem Wohnungsanforderungsgesetz (Partei für Auslaufen,  
nachher Einschwenken von ÖAAB und Kirche auf die Linie  
der SPÖ-Propaganda gegen den Ablösesucher, anschliessend  
ÖVP-Antrag Obdachlosenschutzgesetz) und dem 14. Monats-  
gehalt (zuerst starres Nein der ÖVP, dann halbe Zusage)  
muss sich die Partei in den bevorstehenden Fragen  
(z.B. 50.000 Volkswohnungen, Angestelltenrecht für  
Arbeiter usw.) rechtzeitig einen klaren Standpunkt er-  
arbeiten.

X  
Dabei muss auch klar zum Ausdruck kommen, dass die Initia-  
tive von der P a r t e i ausgeht. Zuerst hat ein von  
der Partei eingesetzter Unterausschuss unter Heran-  
ziehung von Experten Material zu sammeln und zu sichten  
und Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Dann hat die Partei  
nach Koordinierung der Auffassungen ihrer Regierungs-  
mitglieder und Bünde ihren Entschluss zu fassen, der  
damit gleichzeitig unter der Sanktion der Parteidisziplin  
steht. Dieser Entschluss gilt für den zuständigen  
Minister als Auftrag zur Durchführung und für alle  
Abgeordneten und Funktionäre der Partei als Auftrag,  
diesen Entschluss in der Öffentlichkeit geschlossen  
zu vertreten.

Obwohl auch nach dem 10. Mai die Erfol-  
ge des Raab-Kamitz-Kurses eine unbestreit-  
bare Tatsache sind, so hat sich doch ge-  
zeigt, dass dieser Kurs eine zu schmale  
Basis ist, um dem verpflichtenden Namen  
V o l k s p a r t e i gerecht zu werden, muss  
dieser Kurs in mehrfacher Hinsicht erwei-  
tert werden.

VORSCHLAG: Erstellung eines Aktionsprogrammes, das sich insbeson-  
dere mit folgenden Problemen befasst:

die Bevölkerungsgruppen  
Jugendliche  
Rentner  
Arbeitnehmer  
öffentlich Bedienstete

die unterentwickelten Gebiete  
Burgenland  
nördliches Niederösterreich  
Mühlviertel  
Südsteiermark

## Sonderprobleme

### Wohnungsproblem Zukunft des Dorfes

Bezüglich der Jugendlichen wäre der Gedanke der Jugendbürgerschaft, der in diesem Wahlkampf nicht ausgesprochen wurde, erneut zu überprüfen. Mit der Jugendbürgerschaft könnte die Partei erstmals zeigen, dass sie nicht nur in Wahlzeiten mit neuen positiven Ideen hervortritt.

Gegenüber den Rentnern müsste die Partei von sich aus mit konkreten Vorschlägen auftreten. Neben dem Finanzminister, der die Auszahlung der Renten sichert, müsste noch eine weitere Persönlichkeit als "Patron" der Rentner herausgestellt werden. Die Arbeitnehmer sind das Wählerreservoir, aus dem wir einen Ausgleich für die zwangsläufig eintretenden Verluste durch Landflucht, Selbständigen-Pensionierung usw. ausgleichen müssen. Viel wird davon abhängen, ob man einen Mann wie seinerzeit Kunschak herausstellt, der milieugerecht wirkt und glaubhaft macht, dass die Sorgen der kleinen Leute auch die seinen sind. Sofort zu überprüfen ist das Verhältnis ÖAAB - ÖGB, wo sich derzeit alle Schlüsselpositionen in sozialistischen Händen befinden. Sofort zu überprüfen wäre ferner die Möglichkeit eines Einstellungsgesetzes für ältere Angestellte ähnlich dem Jugendeinstellungsgesetz.

Was die öffentlich Bediensteten betrifft, so wäre für den 14. Monatsgehalt ein konkreter Erfüllungsplan vorzulegen und gleichzeitig damit die weitverbreitete Antigewerkschaftsstimmung und der Wunsch nach einer selbständigen Berufsvertretung der Beamten geschickt zu nützen.

Eine Untersuchung über die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten und die Möglichkeit der Beseitigung von Mäkten wäre auch bei den Geschädigten anzustellen.

Bei den unterentwickelten Gebieten ist das Burgenland zum Schwerpunktgebiet der Partei zu erklären. Bei den Landtagswahlen, deren Zeitpunkt SPÖ und FPÖ bestimmen können, besteht die Gefahr, dass die SPÖ zum ersten Mal seit 1945 einen zusätzlichen Landeshauptmann erobert. Prominente Persönlichkeiten der ÖVP müssen sich zur Erstellung eines Sofortprogrammes an Ort und Stelle in das Burgenland begeben. Eine steuerliche Erleichterung für die Kleinbauern bei der Bodenreform, eine einzige grosszügige Aktion für die Weinbauern und die stärkere Betonung der ÖVE-Initiative bei Industrie-Neugründungen, bei denen das Sozialministerium immer stärker hervortritt, sind das Minimum an Handlungen, die gesetzt werden müssen.

Angesichts der Gefahr, dass die SPÖ mit der Parole von 50.000 Volkswohnungen ihr Wohnbauregopol von Wien auf ganz Österreich ausdehnt, muss auch von uns ein geschlossenes Wohnbauregopol entwickelt werden. Der Wohn- und Siedlungsbauregopol der Landpartei muss aktiviert und die Nutzbarkeit der österreichischen Kollarenleihe im Gegenwert von einer Milliarde Schilling muss überprüft werden.

Das Problem des Dorfes ist zu vielschichtig geworden, um allein vom Bauernbund und der Agrarpolitik gelöst zu werden. Es ist ein echtes Anliegen der Gesamtpartei, der es zu denken geben muss, dass Dorfbewohner in der Stadt politisch infiziert werden, nicht aber umgekehrt Städter auf dem Land. Da ein Drittel unserer Bevölkerung noch immer in Gemeinden unter 2.000 Einwohner wohnt, wäre es durchaus angemessen, einen ausserordentlichen Parteitag unter dem Motto "Die Volkspartei und das Dorf" anzusetzen, der den Charakter einer grossen Enquete haben und sich mit den soziologischen, kommunalpolitischen, agrarpolitischen, sozialpolitischen und kulturpolitischen Aspekten des Dorfes zu befassen hätte.

Sicherlich dürfen wir nicht übersehen, dass nahezu alle Massnahmen budgetpolitische oder sogar währungspolitische Konsequenzen haben. Gerade vom Standpunkt einer Verteidigung der Währungsstabilität muss aber die Gefahr eines sozialistischen Sieges noch höher eingeschätzt werden als die Gefahr der Erfüllung einzelner Forderungen. Ist es doch derart so, dass die SPÖ mit ihren Forderungen die ÖVP buchstäblich vor sich hertrieb. Dass sich die ÖVP dabei nirgends festsetzen kann, sondern am Ende doch wieder aus ihren Stellungen herausgeworfen wird, ist nicht die Folge einer zu wenig starren, sondern die Folge einer zu wenig elastischen Taktik. Die ÖVP ist seit dem 10. Mai nicht nur die an Stimmen schwächere Partei, sie ist auch die organisatorisch weniger schlagkräftige und ausserparlamentarisch ohne Bruchmittel wie z.B. ÖGB operierende Partei. Für diese Lage gibt es - militärisch gesprochen - nur eine Taktik: bewegliche Verteidigung, die aber nur dann möglich ist, wenn man auch den Mut hat, in den erkannten Aufmarsch des Gegners mit Gegenstössen (eigenen Forderungen) rechtzeitig oder zumindestens an anderen, schwachen Stellen zu stossen. Eine Voraussetzung einer solchen Taktik ist aber, dass man die Front tatsächlich in ihrer gesamten Breite überschaut und einen Überblick über alle verfügbaren Mittel hat. Nur dann lässt sich eine Disziplinreserve bilden und einsetzen.

VORSCHLAG: Erstellung eines finanzpolitischen Kataloges, der die Finanzkriterien konsequenter unserer eigenen, der sozialistischen und allmählich nach denkbaren Forderungen zusammenfasst und auch den Gesichtspunkten der sozialen Gleichheit, der Bill der Betroffenen und des Einkommens auf die öffentliche Meinung wirkt. Bei einer Marktlage, dessen Ausgaben in der öffentlichen Ausgabe sich zwischen 1953 und 1959 verdoppelt haben, steht nicht die Dynamik zur Diskussion, sondern einzig und allein, in welcher Richtung sie von uns mitgesteuert wird. Vielfach wird sich bei kluger propagandistische Vorbereitung, die finanziell weniger kostspielige Forderung einer kleineren Gruppe, die aber in der öffentlichen Meinung starken und noch verstärkbar Widerhall findet, gegen eine wesentlich kostspieligere Forderung auszuspielen lassen. Parteipolitisch wird sich das aber immer nur dann bezahlt machen, wenn wir in unserer Eigenschaft als Partei selbst fordernd auftreten, d.h. die Initiative muss von einem Parteiforum, von Parteifunktionären oder von Abgeordneten der Partei ausgehen. Organisation und Propaganda müssen auf eine solche Initiative rechtzeitig vorbereitet sein, um durch Schwerpunktbildung in Aufklärung und Propaganda die öffentliche Meinung sofort mitreißen zu können. Geschieht dies mit der notwendigen Perfektion, so wird sich auch die SPD, bzw. die FDJ unserer Initiative anschließen müssen.

Die letzte "Wachablöse" in der ÖVP erfolgte vor acht Jahren, als in der Partei Raab, Maletz und Scheidl und in der Regierung Raab, Kramitz, Böck-Greissau und Thoma in den Vordergrund gestellt wurden. Bei der ÖVP erfolgte diese Wachablöse vor zwei Jahren in Partei und Parlament mit Bittermann und Glah und in Wien mit Slavik und Heller. Seit dem Ausscheiden Helmers und Kraisels und dem Tod Böhm's werden auch jetzt wieder diese Kräfte in den Vordergrund gestellt. In der Ära der modernen Massenbewegungen und -mittel, wie Bild-Presse, Rundfunk, Fernsehen und Fernsehen wird die Politik einer Partei immer stärker durch sie von ihr Merkmalen, ihren Personalitäten repräsentiert. Dies ist keine Frage des Personalstands, sondern eine Konsequenz des vierten Weltalters, in dem die Massen angesichts einer nicht mehr überschaubaren Fülle von Charakteren und Problemen eine Verkörperung ihrer Hoffnungen brauchen. In "Landes des Vaterlandes", ein "Land der Ährung" sind nach wie vor unentbehrliche Personalisierungen. Darüber hinaus sollte aber auch das Kabinett und die Kampferie der Partei und ihre Schutzfunktion gegenüber den kleinen Leuten stärker personalisiert werden.

Personelle Massnahmen

X

X

VORBEREITUNG: 1. innerparteilich

Es zu dokumentieren, dass die ÖVP nicht nur in der Regierung, sondern auch als Partei an sich zusätzliche Anstrengungen unternimmt, sollte der Gedanke eines ~~regionalen~~ regionalen Landespartei erwogen werden. Es ist eine ausführliche unentgeltliche Arbeitskraft für die in den kommenden Jahren so wichtige Parteiarbeit. Das gilt besonders für Geschäfts-führender Landesparteiobmann, Generalsekretär und Generalsekretär-Stellvertreter-könnte folgende wichtige Arbeitsgebiete unter sich aufteilen:

- a) Politische Repräsentation nach aussen hin,
- b) Zusammenarbeit der Partei mit den Zweckorganisationen und den "Vorbildorganisationen",
- c) Innerparteiliche Koordinierung der Münde unter Zusammenarbeit von der Partei in Regierung, Parlament und ausserparlamentarischen Institutionen
- d) Organisation und Propaganda

2. nach aussen hin

Anwahl und systematischer propagandistischer Aufbau von Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit als "Schutzpatrone" folgender Bevölkerungskreise auftreten:

- a) Jugendliche und Jungwähler
- b) Junge Familie
- c) Rentner
- d) Wohnungssuchende
- e) Geschädigte
- f) Beamte

Stärkere Popularisierung vorhandener Persönlichkeiten durch Verlagerung des Schwerpunktes bei ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit (z.B. Unterrichtsminister mehr für Schüler als für Staatstheater, Minister bei Betriebsbesuchen mehr für Betriebsräte als für Generaldirektoren).

Erschwert wird die Popularisierung durch den Eindruck einer Art "Hochhaltung" von immer wiederkehrenden Persönlichkeiten, für die ein Versorgungsposten gefunden werden muss.

Erschwert wird die Popularisierung auch durch Pauschalurteile über Berufs- und Bevölkerungsgruppen, die Forderungen erheben. Alle ÖVP-Politiker müssen sich darüber informieren zeigen, dass es nicht nur unter den Rentnern und den kinderreichen Familien, sondern auch bei den kleinen Beamten, Bauern, Wirtschafttreibenden und bei den Mietern zahlreiche Mängel und damit berechtigte Forderungen gibt. Auch ist nicht jedes soziale Problem in Schillingbeträgen ausdrückbar, sondern darüber hinaus milieubedingt. (z.B. billige Wohnung in Zinshäusern).

## B Auf dem Gebiet der Organisation

Die öffentliche Meinung über die Partei ist eine Funktion aus der Politik, die sie betreibt, aus dem Handeln der Personen, die sie führen und aus der Organisation und der Propaganda, mit der sie der Öffentlichkeit tagtäglich gegenübertritt. Die Befähigung der Organisation erschöpft sich nicht darin, dass sie intern ein vollkommenes Funktionieren des Parteiapparates herbeiführt. Sie tritt auch mit der grossen Masse der kleinen Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder - der Öffentlichkeit auf breiter Front gegenüber und hat dabei eine werbende Wirksamkeit zu entfalten. Der gut geschnittene Vertrauensmann, der den Wähler tagtäglich zu überzeugen und zu bekehren versteht, ist der billigste Propagandist der Partei.

Die Schlagkraft unserer Parteiorganisation hängt davon ab, ob zwischen Parteiführung und der grossen Masse der kleinen Funktionäre in den Lokalorganisationen und Betriebsgruppen ein lückenloser und rasch pulsierender Kreislauf hergestellt werden kann, der von oben nach unten Aufgaben stellt, Hilfe für die Erfüllung dieser Aufgaben leistet und ihre Durchführung überwacht und von unten nach oben nicht nur Vollaufgaben, sondern auch Korrekturen der Lagebeurteilung und Vorschläge entgegennimmt. Eine Steigerung der Schlagkraft wird also erzielt werden, wenn man systematisch alle Lücken und Hemmnisse in diesem Kreislauf bereinigt, mit grösserem Nachdruck mehr Aufgaben stellt, mehr Hilfe leistet und mehr Überwachung, aber auch mit grösserer Bereitwilligkeit Kritik und Vorschläge zum Resultat nimmt.

Dabei wird der "gute Geist" einer Partei ebenso wie der einer Gruppe nicht allein von der Klarstellung der Befehlsgewalt, sondern auch von den menschlichen Führungsqualitäten aller "Dienstgrade" abhängen. Eine von diesem guten Geist erfüllte Partei wird sich von der gruppenegoistischen Haltung einer Interessengruppe zu einer verbündeten Impetus umstellen können, deren Ziel die Gewinnung der im Lande und auch der im gegenwärtigen Lager stehenden Wähler ist.

VORSCHELAG: Erhöhung der Schlagkraft der Führung

Die Stellung des Landesparteiapparates und der Bundesparteiapparate muss gegenüber den Landesorganisationen und den Führungen der Parteizellen verankert werden. Der Landesparteiapparat muss die Möglichkeit eines Eingreifens innerhalb der Landesorganisationen im Falle von akuten Notständen auch real ausüben. Die Beside müssen ihre Sonderinteressen zugunsten der Gesamtpartei zurückstellen. Der Apparat des Generalsekretariates muss unmittelbar über die Landespartei-, Bezirkspartei- und Ortsparteileitungen wirken können. Durch ein Zurückschrauben des bündischen Organisationsapparates könnten Einsparungen erzielt werden.

Operative  
Landes-  
Gruppe

Im Generalsekretariat sollen die Abteilungen Presse, Propaganda und Organisation zu einer operativen Sondergruppe zusammengefasst und durch ausgesuchtes Personal besetzt werden. Diese Sondergruppe müsste unmittelbar dem Generalsekretär unterstehen. Die Leiter ihrer Abteilungen müssen genügend Informationsmöglichkeit haben und über Einsatzmittel auf einem Sonderkonto verfügen, die sie ohne langen bürokratischen Bewilligungsweg angreifen können. Zu Beginn der politischen Saison hätte diese Sondergruppe einen Lagebericht und ein Konzept vorzulegen, das in der Landesparteileitung mit dem Ziel genauer Anweisungen für diese Gruppe zu diskutieren und zu beschließen wäre. Diese Sondergruppe könnte den jeweiligen Verhältnissen ohne Änderung von Statuten, Dienstordnungen oder Dienstpostenplänen elastisch angepasst werden. Neben der Ausgabe einer Arbeitparole für das laufende Jahr unter Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes könnte diese Sondergruppe Sonderaktionen mit Schwerpunkt einzelner Wahlgruppen oder anlässlich gesetzgeberischer Initiativen der Partei planen und durchführen. Neben dem Verantwortlichen für Presse, Organisation und Propaganda müsste diese Sondergruppe über einen Ic, einen eigenen C-Dienst-Redakteur, einen Betreuer von Rundfunk und Fernsehen, einen Betreuer der Schulung und über eine Zentralbibliothek sowie über ein tadellos eingerichtetes und gebührendes Leitungs-, Mitteilungs-, Bild- und Tonarchiv verfügen. Um auf den rechten Funktionsapparat rasch und zuverlässig einwirken zu können, muss über den C-Dienst eine Funktionsadresse aufgestellt werden. Der C-Dienst ist in unmittelbarem Kontakt mit den kleinen Funktionären auszugestalten und direkt anzusprechen. Mit Hilfe der Arbeitparole können an den gleichen oder auch an einen engeren Kreis Mitteilungs- und Rundfunkparolen ausgeben werden. Die operative Sondergruppe soll in Interesse einer rationellen Arbeit auch räumlich zusammengefasst werden.

### Erhebung der Schlaraffenkraft durch Kleinarbeit

Stärken der Wirkmöglichkeiten der Ortsorganisationen durch Partikulare in einem Stadtkreis. Im Sinne der dort erweiterten Wirkmöglichkeiten sollen die Lehrorganisationen (Ortsgruppen, Schülerrat, Betriebsgruppen des DAB), wo noch nicht vorhanden aufgebaut, im Städtigen aber ausgebaut und aktiviert werden. Diese Aktivierung erfolgt durch das Stellen von Aufgaben nach vorhergehender Schulung der Partikulare der höheren Parteiorgane bei gleichzeitiger Hilfeleistung für die Durchführung dieser Aufgaben durch Schulung und Arbeitsunterlagen. Nur dadurch ist zu verhindern, dass die Parteiorganisation sich noch an der vordersten Front (= Lokalorganisation) Generalstabarbeit (= Diskussion über grosse Politik) leistet, anstatt zu kämpfen (= die Wähler zu erfassen und zu gewinnen).

Minimalprogramm für die Arbeit einer mittleren Ortsorganisation muss ein Minimalprogramm erstellt werden, das jeweils strikte einzufordern ist und dessen Durchführung durch Berichte an die Landesparteileitungen überprüft werden muss. Als solches Minimalprogramm könnte gelten:

- 14tägige Sitzung des Ortspartei Vorstandes mit Protokollbericht
- Durchführung der Kassierung bei den Mitgliedern
- Mitgliederversammlung einmal im Jahr
- Gesellschaftliche Veranstaltungen
- Einrichtung eines Auskunftsdienstes für Sozialversicherte
- Aktuelle Gestaltung eines Schaukastens
- Ansprechende Ausgestaltung des Parteihomes

Zur Anknüpfung der Kleinarbeit müssen in der Landesparteileitung eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden. Vorbehaltlich der Erkenntnisse, zu denen der Stadtkreis Ortsorganisationen kommen wird, zeigt sich schon jetzt, dass die Wirkmöglichkeiten, abgesehen von der rein politischen Anknüpfung vorwiegend auf den Gebieten der Veranstaltung und der Beratung liegen werden.

Vor allem die Rentner und Pensionisten - zusammen mit den unterhaltenen Personen rund 1,9 Millionen Menschen - stellen ein noch unerschlossenes Reservoir für Veranstaltungen gestillter, unterhaltender und belehrender Art dar. Auch die Jungwähler wird man am ehesten auf diesem Weg ansprechen können. Abgesehen von der

Schulung in moderner Versammlungstechnik und der Bereitstellung entsprechender Arbeitsunterlagen müsste auch eine zentrale Hilfsstelle eingerichtet werden.

**VORSCHLAG:** Einrichtung eines Veranstalterreferates in der Bundesparteileitung, das Referenten über allgemein interessierende Themen (von der lokalen Erörterung in aller Regel zur Weiterverföhrungsvermittlung, Veranstaltungen (Lichtbildverträge, Filmvorführungen, Mikroschichten, Ausstellungen, Bildausstellungen) selbst ansetzt und durchführt oder zumindestens betreut. Für die im Rahmen dieser Veranstaltungen geleistete Bildungsarbeit könnten vom Unterrichtsministerium und den Landesregierungen Subventionen angesprochen werden. Einzelne Veranstaltungen ließen sich auch entgeltlich durchführen.

Der Kreis der Rentner und Pensionisten und dazu die Krankenversicherten, die Wohnungssuchenden usw. ist auch ein noch unausgeschöpftes Reservoir für die Beratung. Das Gewirr von Vorschriften und die noch immer angsteinflößende Bürokratie machen für die einfachen Leute und insbesondere für die unbeholfen werdenden alten Leute eine Beratung dringend nötig. Vielfach finden diese Leute heute nicht einmal dann Hilfe, wenn sie zu uns kommen, dabei wäre es aber unsere Aufgabe, an sie heranzukommen.

**VORSCHLAG:** Einrichtung eines Beratungs- und Auskunftsdienstes. Die Ortsorganisationen hätten die Verpflichtung, die entsprechenden Hilfe auszusprechen. Dort möglich, soll dafür in Ort selbst ein Rentner oder ein informierter Pensionist für eine beweisende Beratung gewonnen werden. Bei den Bezirksparteileitungen müssen Sachverständige gewonnen werden, die an einem fiktiven Auskunftstag in Bezirksvereinsberatungsfragen, Fragen der Wohnbau- und Wohnungsförderung, arbeitsrechtlichen Fragen, Steuerfragen und allgemeinen Rechtsfragen Auskünfte geben. Oft wird dem Beratern schon damit gedient sein, wenn man ihm die zuständige Stelle nennt, bzw. bei der Ausfüllung eines Antrages behilflich ist, oder ihm über Beschwerde- und Einspruchsmöglichkeiten aufklärt. Der Berater müsste hierfür laufend Unterlagen zur Verfügung gestellt und Anzeigen der Rechtslage in eigenen Schulungskreisen bekanntgemacht werden. Schwierigere Fälle könnten an die Beratungsteile bei den Landesparteileitungen und bei der Bundesparteileitung weitergeleitet werden. Bei der Bundesparteileitung wäre auf Grund der gesamtösterreichischen Erfahrungen ein Erfahrungsaustausch und die Sammlung von Sonderfällen für die Arbeitsunterlagen durchzuführen.

Hoben der Beratung, die ja nur Wegweiser zur Erlangung von Hilfe ist, besteht in vielen Fällen die Notwendigkeit unmittelbarer Hilfe. Die Partei muss sich nicht so einmischen, um wirklich alle Notstandsfälle zu erfassen, die unter ihr kommen, die wirklich große, weil Versäumnisse sind. Damit über die Partei selbst helfend ein, so wird auch die Partei selbst dem Dank der Bürger entzogen. Dabei braucht die Partei für diese Hilfe keineswegs in ihre eigene Kasse zu greifen, sondern braucht lediglich die Aufbringung der Mittel für diesen Zweck zu organisieren. Die Bevölkerung hat sich bei Sammlungen für sozial-caritative Zwecke, für einen genau abgrenzten Zweck, z.B. Kinderdorf, ausserordentlich gefeiert. Von weit aus kleineren Organisationen als unserer Partei sind dabei für einzelne solcher Zwecke jährlich zwei bis drei Millionen aufgebracht worden. Hier liegt das Geld buchstäblich auf der Straßenseite und die Menschen sind meist sogar dankbar, wenn sie helfen können.

**VORSCHLAG:** Überprüfung der Möglichkeit, einen eigenen sozial-caritativen Hilfsdienst pressenlos aufzubauen. Angesichts der Bistumsstruktur der Kirche von der Politik müssen auch jene Fälle überprüft werden, wo die Caritas bei proportionalen Anwendungen von Auslandsspenden an Stelle der ÖVP als Empfänger auftritt.

Ein sozialer Referat in der Landesparteileitung müsste mit jungen Kräften besetzt werden und den Aufbau von Landesreferaten in die Hand nehmen, die dann bis hinunter zu den Bezirks- und Ortsparteileitungen aktiv werden. Die Aktionen dieses Referates könnten auch der Frauenbewegung einen neuen Aufschwung geben, der nur der Ebene der Lokalorganisation jede konkrete Leistungsmöglichkeit fehlt. Bei den Mädchen zum Muttertag, bei der Hilfe für kinderreiche Familien, hilflose alte und kranke Menschen und bei Auftreten von Notstandsfällen ergäbe sich ein reichhaltiges Leistungsfeld, wobei auch Frauen der sogenannten besseren Kreise, die sonst nicht für Parteiarbeit zu haben sind, mitten würden.

Die Bündische Gliederung der Partei erfasset derzeit nur die erwerbstätige Bevölkerung. Dabei kommt entsprechend der Sozialstruktur den 1945 Besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus muss jedoch die Partei entweder durch eigenen Parteiorganisationalen oder durch eigene Referate oder durch die Betreuung von Vorfeldorganisationen auch noch andere Bevölkerungs- und Interessengruppen ansprechen und erfassen. Diese Erfassung ist bei den Jungwählern, den Frauen, den Rentnern, in nur einige Beispiele zu nennen, bisher nur in unzureichendem Masse und von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich erfolgt. Dabei ist allein schon das Bestehen solcher Organisationen ein Beweis, dass sich die Partei um die entsprechende Bevölkerungsgruppe kümmert. Die Kosten eines Wählerbriefes an die Rentner rechtzeitig in den Aufbau eines Rentnerbundes gesteckt, vermehren sich weit besser als in der Papierflut kurz vor der Wahl. Mit der Schaffung einer solchen Organisation ergibt sich die Möglichkeit zur Anbindung des in diesen Kreisen vorhandenen politischen Betätigungsdranges. Gleichzeitig entsteht dadurch für die Partei ein Expertenstab, der sie zuvor bewahrt, auf die Betreuung politisch wichtiger Bevölkerungsgruppen zu vergessen.

VORSCHLAG: Überprüfung der Möglichkeit, bundesweitliche Parteiorganisationen ins Leben zu rufen. In Frage kommen Kleinrentner, Pensionisten, Sozialversicherungsbe-  
treute, Arbeitslose, Wohnraumlose, Steuerzahler,  
Geschädigte, nichtvermittelbare kleine Angestellte,  
Familien, Jungwähler, junge Generation, Intellektuelle,  
Dieter, Kommentaren, Produktorganisationen und alle  
irgendwie sozial abhängenden Bevölkerungsgruppen.

Die Vorfeldorganisationen wie Akademikerbund, A.V.,  
Volkskriegervereine, Verein der Freunde des Wohnungseigentums usw. sind besonders zu betonen und in ihrer politischen Arbeit zu steuern. Ihren Funktionären sind unsere Informationsdienste zuzusenden oder es ist ein eigener Informationsdienst für sie zu schaffen.

Im Rahmen der Organisation und in Zusammenarbeit mit Presse und Propaganda wird immer auf die Dringlichkeit folgender Probleme hingewiesen:

VORSCHLAG: Gründung von Funktionärsklubs, in denen Bezirkweise  
die unteren Funktionäre die laufenden tagespolitischen  
Fragen in Anwesenheit höherer Funktionäre durchdisku-  
tieren. Grundsätzlich sollten sie die Funktionäre aller

Münde umfassen und so zur Bildung einer Einheit in der Partei beitragen. Den Klubs soll die Aufgabe der Erstattung von Vorschlägen zu konkreten Plänen nach oben gestellt werden.

Verklärung des Parteiapparates von unten. Voraussetzung dafür wäre die Herstellung von Kontakten mit Jugendlichen durch Klubs, eigene Veranstaltungen und attraktive Schulungskurse. Die Teilnehmer sind in Klubs zusammenzufassen. Die auf diese Weise erfassten neuen jungen Kräfte sind in den unteren Parteiapparat einzuführen und mit adäquaten Aufgaben zu betrauen.

Der Führung verdienter Funktionäre in einer nach aussen hin sichtbaren Form muss grösstes Augenmerk zugewendet werden. Neben der Verleihung von Ehrenzeichen müsste die langjährige Mitarbeit auch in der Parteipresse und im Ö-Dienst namentlich gewürdigt werden. Desgleichen wären kleine Funktionäre, die in der Kleinarbeit Erfolge erzielt oder brauchbare Vorschläge erstatet haben, im Ö-Dienst, in der Parteipresse und bei Partei-Veranstaltungen stärker herauszustellen.

Ein vertraulicher Informationsdienst soll einer gewissen Schicht von Funktionären das Gehör geben, zum Kreis der Eingeweihten zu gehören und sie schnell mit Nachrichten versorgen, damit diese Funktionäre zur Bildung der öffentlichen Meinung beitragen können.

Eine Nachrichtenstelle müsste durch sorgfältige Auswertung aller Pressenachrichten, vertraulicher Informationsdienste, Stimmungsberichte der Bezirksparteileitungen vertraulicher Informationen von ÖVI-Funktionären, die in Proporzinstitutionen und in der Regierung Einblick in die Verhältnisse bei der SPÖ gewinnen können, über die Vorgänge im gegnerischen Lager Evidenz führen. Aus den Mosaiksteinen scheinbar unwichtiger Einzelheiten könnte sie ein aufschlussreiches Bild der Vorgänge im gegnerischen Lager rekonstruieren. Korruptionsfälle, Ausübung von politischem Druck, die Spannungen in der SPÖ, die Lebenshaltung hoher Arbeiterführer, die Unterwanderungsversuche der Kommunisten bei SPÖ und ÖGB und die Sammlung von Schrift- und Bilddokumenten für die Propaganda würden zum reichhaltigen Aufgabengebiet dieser Stelle gehören.

Eine Schulungsstelle hätte dafür zu sorgen, dass im Laufe der nächsten Gesetzgebungsperiode womöglich alle kleinen Funktionäre der ÖVI, die noch nicht geschult wurden und für eine Schulung noch nicht zu alt sind, erfasst werden. Vor allem diese Schulung ist als Propaganda mit anderen, noch dazu billigeren Mitteln anzusehen.

C auf dem Gebiete der Propaganda

In den geäußerten wirtschaftlichen Interaktionen, die ihre Produkte beim Letztverbraucher, also in der Endnutzung absetzen, ist es bereits zur Selbstverständlichkeit geworden, dass man zuerst die Bedürfnisse der Konsumenten erkundet (Marktforschung), dann ein dänsen Bedürfnissen entsprechendes Produkt entwickelt (wobei zumindestens das Aussehen dieses Produktes von Verkaufs- und Werbefachleuten mitgestaltet wird) und schliesslich rechtzeitig vor Auftauchen des ersten Produktes auf dem Markt alle Vorbereitungen für eine Werbekampagne trifft. Dieser Idealszustand wird in der Politik nie ganz erreicht werden, weil hier häufig Entscheidungen aus einer nicht vorherbestimmbaren Situation heraus oder aus taktischen Gründen plötzlich gefällt oder rückgängig gemacht werden müssen. Man kann jedoch diesen Idealszustand sehr nahe kommen, wenn die Politiker in einer Art Generalstabsarbeit ein Aktionsprogramm aufstellen und auch die gegnerischen Aktionen einkalkulieren, wenn sie ferner den Propagandisten rechtzeitig über bevorstehende Aktionen informieren und ihn selbst, sowie durch Experten mit Tatsachematerial und Argumenten zur Begründung dieser Aktion versehen. Dabei liegt es keineswegs unter der Würde der Politiker, bei den Propagandisten noch vor der endgültigen Fassung eines Entschlusses einen Rat über die "Verkaufbarkeit" oder zumindestens über die Art der "Verpackung" ihres Produktes einzuholen. Je häufiger dieser Rat eingeholt wird, umso wahrscheinlicher ist es, dass aus einer nachträglich popularisierten Politik eine wirklich populäre Politik wird.

**VORSCHLAG:** Beiziehung des Propagandareferenten in jenen Gremien, in denen die Entscheidungen erarbeitet werden, und nicht erst in jenen Gremien, denen praktisch bereits gefallene Entscheidungen zur Kenntnis vorgebracht werden. Der Propagandist ist kein blosser Berichterstatler, sondern muss alle Gründe einer Entscheidung kennen, diejenigen, die dagegen sprechen, sogar noch genauer als jene, die dafür sprechen, denn die Propaganda muss ja die Reaktionen des Gegners miteinkalkulieren.

Da die Zeiten der grossen Angst (Teilung Österreichs, Kommunistenputsch, Inflation) und der grossen Hoffnung (Staatsvertrag) vorbei sind oder nur mit grosser Unsicherheit vorausbestimmt werden können (siehe Maiwahlen 1959 und Berlin-Krise), muss die Propaganda mit der regionalen und sozialen Differenzierung der Wählerschaft rechnen. Die zentrale Propaganda und die zentralen Propagandamittel wie Rundfunk, Fernsehen, bundeseinheitliche Postwürfe, bundeseinheitliche Plakate und Filme können nur ganz wenige Themen durchziehen und bedürfen einer Ergänzung durch die propagandistische Bearbeitung einzelner Wählergruppen und spezieller Themen, allein schon deshalb, um die zentrale Propaganda von Widersprüchen freizuhalten. Dies bedeutet zwar nicht unbedingt, dass der Gesamtaufwand der Propaganda steigt, wohl aber bedeutet es, dass für eine gründliche Behandlung der Themen durch Sammlung und Auswertung von Material auf den verschiedensten Fachgebieten mehr aufgewendet werden muss. Variationen über die "rote Katze" sind eben leichter zu produzieren als Argumente über Probleme wie "Landwirtschaftsgesetz", "Wohnbau", "14. Monatslohn" usw. Dies gilt vor allem für die Zwischenwahlzeit, in der man nicht immer mit Schlagworten auskommt. Neben der Aktivierung von Ausschüssen zur gründlichen Beratung solcher Themen sind eine Reihe zueinander gerichteter Einrichtungen erforderlich.

**VORSCHLAG:** Zentralbibliothek mit allgemein politischen Wirtschafts-, sozial-, kultur- und aussenpolitischen Werken, Werken über Soziologie, Kollektivpsychologie, Tiefenpsychologie, human relations, Fachliteratur über Statistik, Presse, Film, sowie allgemeine Nachschlagwerke. Selbstverständlich müsste auch die Möglichkeit bestehen, diese Werke auszuwerten, d.h. Auszüge herzustellen und interessante Erkenntnisse in Artikelform zu verbreiten.

Zentralarchiv zur regelmässigen Auswertung der wichtigsten politischen Tages-, Wochen- und Monatspublikationen. Es genügt nicht, Zeitungen zu sammeln, sondern sie müssen unter einem Themenregister, einem Personenregister und einem Datumregister ausgewertet werden. Dabei ist auch zu klären, wie die derzeit bestehende Doppelgeleisigkeit Kärntnerstrasse - Strozsigasse behoben werden kann. Einem Parteiarchiv müssten selbstverständlich neben steno-graphischen Protokollen des Nationalrates auch Protokolle von Klub-sitzungen und Bundesparteileitungssitzungen zur Auswertung übertragen werden. Desgleichen müsste es Material für eine Geschichte der Partei sammeln.

In der praktischen täglichen Arbeit müsste dieses Zentralarchiv des WPS-Personalrat und dem Propagandareferat auf ein bestimmtes Stichwort hin (z.B. Volkswirtschaft) binnen Stunden sämtliche darauf abzielenden Initiativen der Partei, die sich mit der Vorbereitung, der Leitung dieser Arbeit, vornehmlich aber der Organisation des Landes und Landgrund-Industriellen über die Lohnungsnot, die Fragen der Volkswirtschaft, sowie auch einschlägiges Material liefern.

Ausser künstlerischwertigen Themen und Karikaturen müssten in diesem Zentralarchiv auch Fotokopien von Plakaten und Schriftstücken, Schallplatten, Tonbänder und Filme erfasst werden.

Taschenbibliothek des Funktionärs, als Grundlage für Orientierung und Propaganda soll jedes Vierteljahr eine Broschüre zu allgemein interessierenden (z.B. Wählgenbild des Wählers) oder aktuellen Themen (Programme für das Land) erscheinen. Neben dem Zentralarchiv sollen die Protokolle von Ausschüssen der Partei sowie Experten der Kamerorganisationen für die Beistellung des Materials herangezogen werden. Die Broschüren sollen in einer graphisch ansprechenden Form und in Taschenbuchformat zu einem anerkennungspreis, der Freistellungsbestellungen ausschliesst, herauskommen.

Hafttafelvorträge und moderne Schulungstechnik sollen einen möglichst grossen Kreis von Funktionären mit propagandistisch wirksamen Argumenten, mit moderner Diskussions-, Vortrags- und Versammlungstechnik vertraut machen. In einer politischen Grundschulung sollen Geschichte der ersten und zweiten Republik, der Weg der Volkspartei seit 1945, die Organisation und die Willensbildung in der Partei, die Grundsätze der Partei und ihre Anwendung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Alltags, Gesprächstechnik und Menschenbehandlung vorgetragen und in Diskussionen und Rollenspielen praktisch erprobt werden. Für jeden Geschulten soll eine Karteikarte ausgestellt werden, auf der er als Kursteilnehmer beschriftet wird, auf der die zuständige Parteistelle seinen Einsatz und seine Bewährung vermerkt und die dann von der Kommissionsstelle zwecks Auswahl für Spezialkurse oder ein politisches Seminar angefordert wird.

Die Betreuung von Rundfunk und Fernsehen erfordert, wenn sie nicht nur die Parteifunktionen in der Volkswirtschaft, sondern auf das laufende Programm ausgedehnt soll, die volle Arbeitskraft eines Mannes. Dieser muss sich über das zukünftige Programm informieren, Möglichkeiten für die Mitgestaltung mitbestimmen; von Redaktionen erfordern, bei der Durchführung der Partei, bei Ministerien, bei der Presse, bei den Kultur- und Wissenschaften usw. Anlass zur Überwachung der politischen Interessen der Partei und die Auswertung aller politisch interessanten Anlässe in der Partei und der Presse überwachen. Im Zusammenhang mit dem ÖVP-Pressedienst dem Veranstaltungsdienst und allen in Frage kommenden öffentlichen Dienststellen hätte er einen möglichst langfristigen Terminplan zu erstellen, aus dem hervorgeht, wann, wer, wo was eröffnet, berichtet usw. Diese zentrale Meldestelle für parteiwichtige Ereignisse wäre, da hier die Interessen von Tagespresse und Rundfunk gleichlaufend sind, entweder in dem ÖVP-Pressedienst mit diesem zu führen. Entweder der Veranstaltungsdienst oder der Betreuer von Rundfunk und Fernsehen müsste auch Kontakte mit Autoren und Künstlern herstellen und pflegen, für geeignete Anlässe sorgen, um prominente Politiker mit prominenten Künstlern zusammenzubringen und schliesslich auch geeigneten Nachwuchs für Autoren und Künstler, der uns politisch nahesteht, erfassen und für Rundfunk und Fernsehen heranziehen. Aus der Betreuung von Fernsehen und Wochenschau könnte, vorerst nur nebenberuflich betreut, auch eine Filmtelle hervorgehen, die archiw wichtiges Material sofort ankauft, parteiwichtige Anlässe filmen lässt und Schulungsfilme herstellt. Auch der Verleih von Kultur- und Spielfilmen für Veranstaltungen könnte von ihr organisiert werden. Im Zusammenhang mit der Betreuung des Rundfunks wäre auch das Zentralarchiv mit Tonbandaufnahmen wichtiger gegnerischer Redner zu beliefern.

Zentrale  
Meldestelle

Filmtelle

Tonbandarchiv

Die Aktivierung der Propaganda zwischen den Wahlkämpfen darf jedoch nicht allein zu Lasten neuer Einrichtungen in der Zentrale erfolgen. Es muss auch versucht werden, unsere Ministerien, unsere Kampagnen und unsere Vorfeldorganisationen propagandistisch zu aktivieren. Auf sozialistischer Seite ist diese Aktivierung schon längst erfolgt. Siehe die Energiewirtschafts-, Bundesbahn- und Fremdenverkehrspropaganda des Goldbrunner-Ministeriums, die auch Broschüren, Ausstellungen und Filme umfasst, die 30 Betriebszeitungen, von denen 23 von Sozialisten geführt werden usw. Und nur es nicht einmal möglich, auch das Finanzministerium auf das Niveau der Sicherung in anderer Form als durch das Landesgesetzblatt hinzuweisen. Dabei wäre der Partei schon gedient, wenn die eigenen Ministerien wenigstens public

Relations - Propaganda betreiben würden, wenn also zum Beispiel bei den Finanzministern eine Broschüre über die Rechte des Arbeitnehmers hergestellt und jede Zeitung mit einem "Rechtsschein" ausgestattet würde. Wir haben vielleicht noch andere Möglichkeiten, die wir nicht alle aufzählen können, aber diese Vorschläge sind es, die wir am besten schon jetzt auf einem Kuppeltisch

VORBEREITUNG: Die Propagandafunktion oder andere Vertrauenspersonen unserer Ministerkammerpräsidenten usw. sollen angewiesen werden, vierteljährlich und zu besonderen Anlässen mit den Referenten der operativen Sondergruppe Möglichkeiten für die Relations-Propaganda, Aufklärung einschließlich der Beschaffung von Gesetzen und Schaffung spektakulärer Anlässe, insbesondere optisch verwertbarer Erfindungen, Beziehungen, Ausstellungen zu beraten und ihren Ministern, Kammerpräsidenten usw. entsprechende Vorschläge zu erstatten. Auf diese Weise müsste es möglich sein, zwischen dem hauptamtlichen Propaganda auch ohne finanzielle Belastung der Partei zu betreiben.

Wichtige der bisher erwähnten Maßnahmen wären allerdings reine Zeit- und Geldverschwendung, würden wir auf das wichtigste Instrument der täglichen Arbeiterbeeinflussung vergessen, das sich schon in unseren Händen befindet, nämlich auf die Parteipresse. Auf kaum einem Gebiet herrscht so lange Untätigkeit und Unräumigkeit bei gleichzeitiger klar erkennbarer Notwendigkeit. In der SPD hat man nach den Wahlen des Jahres 1956 erkannt, dass etwas geschehen muss und es ist auch tatsächlich etwas geschehen. Es wurde ein Boulevard-Blatt ("Express") und ein Wochenblatt für Intellektuelle ("Wende") geschaffen. Dabei verfügt die SPD über ein Netz von über ein Dutzend ihrer eigenen Wochenzeitschriften ("Das kleine Blatt", "Welt am Montag"), über eine Gewerkschaftszeitung mit einer jährlichen Gesamtauflage von 38,5 Millionen und eine Monats-Zeitung mit einer jährlichen Auflage von vier Millionen. Einer der beiden Zentralsekretäre ist der langjährig bekannte Häberger und außerdem ist mit Presselager Landesrat Broda befasst.

In der SPD gibt es keinen Gesamtverantwortlichen für die Presse. Die Kompetenzen des Zentralsekretärs sind im Bereich viel zu weit ausgedehnt, um wirklich wirksam sein zu können. Die Reform der Pressewesens kann aber nur von oben erfolgen.

**VORLIEGE:** Konzentrierung einer politischen Verantwortlichkeit aus dem Kreis von Bundespartei-Leitern, Landesparteipräsident, Landessekretär, Landes-Teilvereinsleiter und einer "Gesamtleitung" (Kombi) unter dem Vorsitz des Landespartei-Präsidenten, die sich mit der Verantwortung für die politische Führung, demer. Entscheidungen und die Rechtfertigung, die er durch eine Aufklärung des Grunde von 1945, der die ÖVP-Verfassungen nach der Zeitungen des "Landespartei-Parteipräsidenten" bildet, zu entlasten.

Die Reform der Parteipresse muss nach den bereits erwähnten Punkte und zuletzt beim Landesparteitag vorgelegten Vorschlägen erfolgen, das heißt:

- VORLIEGE:**
- 1. Schaffung eines Dachverbandes der ÖVP-Presse, eines zentralen Pressefonds und einer Zentraldruckerei
  - 2. Schaffung eines Zentralorgans
  - 3. Stärkung der gutgehenden Blätter
  - 4. Sanierung oder Einstellung der passiven Blätter.

Nach den Erfahrungen vom 10. Mai und im Interesse einer Vertiefung unserer politischen Basis müssten verschiedene Zeitschriften aufgearbeitet (Kontinuitätschrift für das ganze Bundesgebiet) oder neu geschaffen werden (Jugendblätter, Illustrierte). Hier besteht zweifellos die Möglichkeit zu einer politischen außerordentlich wirksamen und zum Teil auch finanziell ertragreichen Publizistik, doch ist es sinnlos, über Details zu sprechen, solange der obige Vorschlag auf dem Papier steht und kein Gesamtverantwortlicher vorhanden ist, der das Recht und die Vollzugsmöglichkeiten für einen Gesamtplan hat.

Hund in Hund mit der Reform der eigenen Parteipresse muss die Bereinigung unseres Verhältnisses zur unabhängigen Presse gehen. Hier reichen sich zwei Fragenkomplexe ab:

#### Unabhängige Presse

Das Golden-Haus, so den wir in dreifacher Hinsicht in Anbetracht der Beziehungen stehen - politisch, als Verleger und als Drucker;

Das Lager der katholischen Presse, wo die politische Spannung nicht auf der Ebene der Redaktionen, sondern auf weltanschaulichen Gebieten liegen.

Auch die Lösung dieser Probleme setzt die Konzentrierung einer sehr klaren Kompetenz und Vollmachten voraus.